

Mahmoud Kassem:

Staaten am Rande des Abgrunds

Politische Studien, Jg. 55, Heft 393 (Januar/Februar 2004), S. 38–45

Zu den „neuen“ Bedrohungen und Risiken der internationalen Sicherheit werden oft so genannte „failing“ oder „failed states“ gerechnet. Diese Begriffe werden jedoch zumeist ohne hinreichende Definition verwendet. Dieser Problematik widmet sich der vorliegende Beitrag von Mahmoud Kassem.

Auch wenn es bislang keine allgemein anerkannte Definition eines „failing state“ gibt, wird man generell doch sagen, dass ein solcher seine grundlegenden Funktionen nicht mehr erfüllen kann, das heißt er kann die politischen und die anderen Bedürfnisse von Menschen, die auf seinem Staatsgebiet leben, nicht mehr befriedigen und hat seine Legitimität verloren. In einem zusammengebrochenen Staat, einem „failed state“, existiert ein generelles Machtvakuum.

Ein Hauptgrund, warum Staaten zusammenbrechen oder sich am Rande des Abgrundes bewegen, ist darin zu sehen, dass sie zusehends die Fähigkeit verlieren, ihr Gewaltmonopol innerhalb des eigenen Staatsgebietes durchzusetzen, und es zu einem Zusammenbruch der Regierungssysteme kommt. Eine Folge dessen sind auch die Intensität, Radikalität und Brutalität der gewalttätigen Auseinandersetzungen in diesen Staaten, die starke Züge „kollektiven Wahnsinns“ aufweisen. Weitere Gründe sind unter anderem eine falsch angelegte Verteilung der Staatsmacht, die auf die Zusammensetzung des Staatsvolkes keine Rücksicht nimmt, sowie die Unfähigkeit dieser Staaten, wirtschaftliche Probleme zu meistern.

Ein zentraler Punkt bei der Analyse von „failing states“ ist die Beobachtung, dass Staaten nicht spontan zusammenbrechen, dass institutionelle oder strukturelle Probleme zwar zum

Niedergang dieser Staaten beitragen, diese Faktoren letztlich aber ausschließlich auf die Entscheidungen von Menschen zurückzuführen sind.

Es kann beobachtet werden, dass „failing states“ zumeist drei grundlegenden geopolitischen Faktoren ausgesetzt sind:

Zum ersten sind die meisten dieser Staaten ehemalige Kolonien und tragen ein Erbe, das auf der einen Seite zwar die bestehenden Strukturen zerstörte, zum anderen aber nicht lange genug anhielt, Strukturen westlichen Zuschnitts zu etablieren.

Zweitens lehnt ein Großteil dieser Staaten demokratische Verhältnisse explizit ab, da dies eine Einschränkung der regierenden Klassen oder Clans bedeuten würde. Diese Ablehnung erfolgt nicht selten durch die Anwendung von Gewalt, wodurch es zu einer Destabilisierung und Schwächung der jungen Staaten kommt.

Drittens sind diese Staaten noch nicht stabil genug, um mit einer größeren geografischen und sozialen Mobilität der eigenen Bevölkerung umgehen zu können.

Ein zusammenbrechender Staat entwickelt eine äußerst unberechenbare und explosive Eigendynamik, die in der Folge auch nach außen wirkt und andere Staaten destabilisiert („Domino-Theorie“). Sowohl die prekäre Lage im Inneren dieser Staaten als auch die Außenwirkung sind Anlass genug für die internationale Staatengemeinschaft, dafür zu sorgen, dass Staaten nicht kollabieren. Da ein wesentlicher Faktor für den Zusammenbruch von Staaten das Versagen der staatlichen Institutionen ist, gilt es, Interventionen über rein humanitäre und militärische Aufgaben hinaus auch und vor allem unter dem Aspekt der Wiedereinsetzung von funktionierenden und legitimierten staatlichen Strukturen zu sehen („nation building“).

Thomas Pankratz